

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen
(24. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/6412 –**

**Potentiale der Digitalisierung jetzt nutzen – Smart Cities und
Smarte.Land.Regionen voranbringen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Marc Bernhard, Dr. Marc Jongen,
Sebastian Münzenmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/5618 –**

Nationaler Aktionsplan zur intelligenten Stadt

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, eine stringente Digitalisierungsstrategie mit klar definierten und messbaren Indikatoren, Zielen und Visionen vorzulegen, um Smart Cities voranzubringen.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, einen Smart-City-Gipfel des Bundes und der Länder einzuberufen mit dem Ziel, einen nationalen Aktionsplan Smart Cities zu erarbeiten.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu den Buchstaben a und b

Annahme eines Antrags oder beider Anträge.

D. Kosten

Zu den Buchstaben a und b

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/5618 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Sandra Weeser
Vorsitzende

Lars Rohwer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Lars Rohwer

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion der CSU/CSU auf **Drucksache 20/6412** wurde in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. April 2023 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Digitales sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion der AfD auf **Drucksache 20/5618** wurde in der 98. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. April 2023 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Kultur und Medien, den Ausschuss für Digitales sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/6412 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auffordern soll,

1. die Auswertung der bisherigen Erfahrungen aus den Modellprojekten Smart Cities zeitnah vorzulegen und dabei insbesondere darauf einzugehen, worin der bisher geringe Mittelabfluss begründet liegt;
2. einen Smart-City-Stufenplan umgehend vorzulegen und dessen Zielsetzung klar zu definieren;
3. weitere Modellregionen zu definieren;
4. die Ausschreibungs- und Förderbedingungen mit dem Ziel anzupassen, einen stärkeren Fokus auf die digitale Vernetzung bislang getrennter Bereiche („Silos“) zu legen;
5. die Kooperation mit den Ländern und Kommunen in den Bereichen Smart Cities und Smart Regions zu verbessern und Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung eigener, nachhaltiger Digitalisierungsstrategien umgehend aktiv zu unterstützen und darzulegen, wie aus Sicht der Bundesregierung langfristige Entwicklungen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen ermöglicht werden können;
6. in Kooperation mit den Ländern und Kommunen ein Smart-City-Kompetenzzentrum aufzubauen, welches die Potentiale, Kenntnisse und Synergieeffekte der lokalen Energieagenturen, der kommunalen Unternehmen und Zweckverbände, der Netzwerke und anderer Modellprojekte bündelt und in die Fläche der kommunalen Anwendungslandschaft bringt. Das Kompetenzzentrum sollte unter anderem
 - a) die mittlerweile erkennbaren Defizite der Koordinierungs- und Transferstelle Modellprojekte Smart Cities (KTS) berücksichtigen;
 - b) eine Verknüpfung zwischen Bundesebene mit vergleichbaren Institutionen auf Länderebene bilden;
 - c) eine stärkere umsetzungsorientierte Beratung mit Blick auf die erforderlichen Organisationsstrukturen in den Kommunen, die Technologie, Regulierung und Fördermöglichkeiten für die Kommunen zum Ziel haben;

- d) eine stärkere Begleitung der Kommunen während des gesamten Prozesses der Strategieentwicklung und Umsetzung sowie eine stärkere Vernetzung der maßgeblichen Akteure auf Bundesebene und Landesebene sowie den Kommunen, der Wirtschaft und sonstigen Gruppen gewährleisten;
7. auf Bundes- und Landesebene die Voraussetzungen für offene Standards und Schnittstellen sicherzustellen, um die kommunale Interoperabilität technischer Systeme bei den Modellprojekten Smart Cities und den Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen sicherzustellen;
 8. gemeinsam mit den Ländern regulatorische Ausnahmen im Vergaberecht, Kommunalwirtschaftsrecht und bei der Beschaffung zu prüfen, um neuen Kooperationsformen und Geschäftslösungen aufgreifen zu können;
 9. gemeinsam mit den Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden beim smarten, digitalen Austausch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Ampelschaltungen, Taktung des ÖPNV, Pendlerverkehr, Parkmöglichkeiten) zu unterstützen;
 10. den Breitbandausbau insbesondere im ländlichen Raum deutlich zu beschleunigen, um die Grundvoraussetzung zur digitalen Transformation zu schaffen und hier eine lückenlose Bereitstellung der Bundesfördergelder „Graue Flecken“ zu gewährleisten;
 11. gemeinsam mit den Ländern Experimentierräume und Reallabore mit aufgelockerter Regulierung zu schaffen, um Smart-City-/Regions-Ansätze zu testen, Innovationen zu fördern und unter Einbeziehung der Bundesagentur für Sprunginnovation Technologien schneller zur Marktreife zu bringen;
 12. gemeinsam mit den Ländern die Förderung von Smart-City-/Regions-Lösungen zu prüfen, um die Kreislaufwirtschaft nachhaltig zu unterstützen und voranzubringen;
 13. gemeinsam mit den Ländern die Entwicklung intelligenter Technologien zu fördern, die die Integration von Energiespeichern ermöglichen, mit denen die natürlichen Schwankungen bei der Einspeisung erneuerbarer Energien wie Wind oder Sonne ausgeglichen werden können;
 14. datenschutzrechtliche Grundlagen zu schaffen, um Datenanalysen und -interpretationen für die Energieinfrastruktur zu ermöglichen und gleichzeitig Datensicherheit zu gewährleisten.

Zu Buchstabe b

Der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/5618 beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, einen „Smart City“-Gipfel des Bundes und der Länder einzuberufen mit dem Ziel, Klarheit über wünschenswerte Ziele und strikte Grenzen deutscher Smart Cities zu gewinnen und auf dem Gipfel den Nationalen Aktionsplan „Die intelligente Stadt“ zu initiieren mit den folgenden Arbeitsfeldern:

- a) Definition des städtischen Gemeinwohls;
- b) Digitale Souveränität: Nationale Einhegung privatwirtschaftlicher Datenmacht;
- c) Der Mensch bleibt im Mittelpunkt: Schulung der Kritikfähigkeit;
- d) Grenzen städtischer Kontrolle und Steuerung;
- e) Bestandteile der intelligenten Stadt;
- f) Digitalisierungsgetriebene Raumkonfigurationen und Baukörpertypologien als nationale Aufgabe.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 60. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 65. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 60. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 49. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 60. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 55. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 49. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 86. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 60. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/5618 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 47. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/5618 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 49. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/5618 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 86. Sitzung am 15. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/5618 abzulehnen.

IV. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat in seiner 54. Sitzung am 18. Oktober 2023 eine öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf den Drucksachen 20/6412 und 20/5618 durchgeführt.

Dazu hat der Ausschuss folgende Verbände und Sachverständige eingeladen:

PD Dr. Ariane Berger, Gesamtverantwortung Digitalisierungsstrategie, Rechtsfragen der Digitalisierung, Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau, Deutscher Landkreistag

Alexander Handschuh, Sprecher DStGB für Presse, Grundsatzfragen Digitalisierung, Neue Medien, Veranstaltungen, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Steffen Heß, Division Manager Digital Innovation & Smart City, Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE, benannt durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frauke Janßen, Leiterin des Büros des Hauptgeschäftsführers & Beauftragte für Digitalisierung, Deutscher Städtetag

Prof. Dr.-Ing. Jörg Noennig, Digital City Science, HafenCity Universität Hamburg, benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

Matthias Kammer, govdigital eG, benannt durch die Fraktion der SPD

Walter Palmethofer, Open Knowledge Foundation & Beirat des CityLAB Berlin, benannt durch die Fraktion DIE LINKE.

Michael Pfefferle, Bereichsleiter Smart City & Mobility, Bitkom e. V., benannt durch die Fraktion der FDP

Prof. Dr. Gesa Ziemer, Direktorin des City Science Labs, HafenCity Universität Hamburg, benannt durch die Fraktion der SPD

Dr. Tilman Zimmermann-Werner, Sächsische Energieagentur – SAENE GmbH, benannt durch die Fraktion der CDU/CSU

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen auf den Ausschussdrucksachen 20(24)188-A bis 20(24)188-I, sowie das Wortprotokoll der 54. Sitzung wurden bzw. werden der Öffentlichkeit über das Internet zugänglich gemacht (bundestag.de/bau).

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/6412 und den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/5618 in seiner 60. Sitzung am 13. Dezember 2023 in verbundener Debatte abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** nahm Bezug auf die Anhörung, die im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zu der Thematik durchgeführt worden sei und begrüßte, dass zwischenzeitlich ein Beirat eingerichtet worden sei, um einen zugehörigen Stufenplan zu erarbeiten, der nun auch in der Fachöffentlichkeit diskutiert werde. Seitens der Fraktion werde der Stufenplan so verstanden, dass nicht nur bestehende Modellprojekte in der Förderung blieben, sondern auch weitere Kommunen hinzukommen könnten und dass im Weiteren die Erfahrungen mit technischen Lösungen auch anderen Kommunen zur Verfügung gestellt werden müssten. In diesem Zusammenhang sei mit Blick auf das so genannte Kompetenzzentrum wichtig, dass auf das bestehende Wissen in den Ländern und auf Datenbestände zurückgegriffen und nicht etwas völlig Neues aufgesetzt werde. Die in den Ländern und bei den Kommunen gewonnenen Erfahrungen und Kompetenzen müssten genutzt und in Vernetzung gebracht werden. Ferner sei mit Blick auf das Thema Fachkräfte entscheidend, dass in den Kommunen und in den Landkreisen Nachwuchskräfte für den Bereich der Digitalisierung gewonnen würden.

Die **Fraktion der SPD** verwies darauf, dass es derzeit 73 Modellprojekte mit einem Gesamtfördervolumen von 820 Mio. Euro gebe. Das Ziel dieser Modellprojekte bestehe darin, die zugehörigen Prozesse und Dienstleistungen in den Kommunen einfacher, effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Letztlich sollten naturgemäß nicht nur diese, sondern alle Kommunen in Deutschland profitieren, was die Zielsetzung des so genannten Smart-City-Stufenplans sei. Es sei festzuhalten, dass die jüngste Sitzung des Beirats und der Arbeitsgemeinschaft sehr konstruktiv und mit konkreten Ergebnissen verlaufen seien. Demgegenüber sei der vorliegende Antrag der CDU/CSU-Fraktion vergleichsweise technisch orientiert und fokussiere sich auf den Prozess selbst. Die Koalition hingegen sei bestrebt, die Digitalisierung im Sinne von Smart Cities auch mit Blick auf die sozialen Effekte zu begleiten, die Smart Cities auf Menschen hätten. Es gehe nicht allein darum, dass nur Daten geliefert und effizientere Prozesse ermöglicht würden, sondern dass die Menschen sich als Teil einer digitalen Gemeinschaft in der Stadt sähen. Deshalb sei Bürgerbeteiligung mit dem Ziel einer partizipativen Stadtentwicklung zentral, damit Städte am Ende einfacher, ökologischer, inklusiver und bürgerfreundlicher würden.

Die **Fraktion der AfD** verwies darauf, dass einige Gutachter in der öffentlichen Anhörung von der „dienenden Rolle der Technik“ gesprochen und betont hätten, dass die Digitalisierung kein Selbstzweck sein dürfe. Man müsse sehen, dass Smart Cities Chance und Risiko zugleich darstellten. Zugespitzt sei der Datenschutz mit der Besorgnis vor dem Entstehen eines Überwachungsstaates auf der einen Seite konfrontiert; auf der anderen Seite sei der potenzielle Nutzen für die Menschen zu gewärtigen. Gerade unter diesem Aspekt sei der Beirat ein Schritt in die richtige Richtung, gehe aber nicht weit genug. Der Antrag der CDU/CSU sei sehr technikorientiert, Datenschutz und ähnliche Dinge kämen nur am Rande vor. Demgegenüber stehe beim Antrag der AfD-Fraktion der Mensch im Mittelpunkt. Was dem Menschen nutze, müsse umgesetzt werden; was der Kontrolle und der Überwachung diene, solle nicht umgesetzt werden. Hierzu müsse jedoch zunächst eine Zielfestlegung stattfinden. Die AfD-Fraktion fordere in diesem Sinne einen nationalen Aktionsplan, der zunächst beispielsweise das städtische Gemeinwohl zu definieren habe und klären müsse, was mit der Smart City erreicht werden solle und auf welche Weise hier eine digitale Souveränität der Menschen befördert werden könne. Bisher gebe es zahlreiche Pilotprojekte, bei denen aber eine Vernetzung im Sinne einer klaren Zukunftsstrategie fehle. Dies sei das Anliegen des Antrags der AfD-Fraktion, für den man auf Zustimmung hoffe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die Bedeutung der Übertragbarkeit der Ergebnisse und des Wissenstransfers. Digitale Suchanfragen zum Thema „Wissensspeicher und Smart City“, würden jeden Interessierten umstandslos auf eine Internetseite des Ministeriums zum „Smart-City-Dialog“ führen, auf der Ansprechpartner benannt und umfassende Informationen angeboten würden. Weil sämtliche Maßnahmen der Modellprojekte dort zu finden seien, gebe es hinreichend Möglichkeiten, auch als nichtgeförderte Modellkommune zu profitieren. Inhaltlich gehe es von Gesundheit über Technik bis zu Mobilität oder zu anderen Themen, beispielsweise darum, wie die Struktur der Städte mit so genannten digitalen Zwillingen dargestellt werden könne. Die Koordinierungs- und Transferstelle bündele die zugehörigen Informationen und biete sie an. Aktiv werde der Dialog mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft gesucht, um auch das Thema Datensicherheit und Datennutzung nach vorne zu bringen. Die Regierungskoalition hole nunmehr jene Schritte nach, die zuvor in der Grundkonzeption nicht zu Ende gedacht worden seien. Man repariere insoweit Defizite aus der vergangenen Legislaturperiode, wohingegen in beiden Oppositionsanträgen keine konkreten Impulse in diese Richtung gegeben würden. Man lehne die Anträge von daher ab und fokussiere sich auf die Frage, wie es erreicht werden könne, dass alle Kommunen in Deutschland und vor allem die Menschen in den Kommunen die Vorteile der Digitalisierung nutzen könnten; hier gehe es auch darum, Städte an den Klimawandel anzupassen oder soziale Daten verfügbar zu machen.

Von **fraktionsloser** Seite wurde hervorgehoben, dass mehr geschehen könne, um die Vorteile digitaler Vernetzung zu nutzen. Begrüßt werde die Evaluierung der bisherigen Förderprogramme, wobei sich die Frage erhebe, weshalb der Mittelabfluss so zögerlich vonstattengehe. Der Vorschlag, die bisherigen Förderbedingungen zu vernetzen, sei zu begrüßen. Hervorzuheben sei, dass eine Smart-City-Strategie im Interesse der Kommunen unter kommunaler Hoheit bleibe; kommerzielle Interessen dürften demgegenüber weniger im Vordergrund stehen. Eine größere Datensouveränität der Menschen in den Kommunen sei anzustreben. Die Forderung, den Breitbandausbau im ländlichen Raum zu beschleunigen, sei prinzipiell zu unterstützen, jedoch müssten erst die Voraussetzungen geschaffen werden, damit „Smart Regions“ tatsächlich ans Netz gehen könnten.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte die Diskussion über Smart Cities sowie über Digitalisierung sowohl auf der kommunalen Ebene als auch im allgemeinen Lebensumfeld. Deutschland betreffend sei festzustellen, dass die zugehörige Technik bei den europäischen Partnern stärker pragmatisch und als Mittel zum Zweck genutzt werde. Digitalisierung sei kein Selbstzweck, vielmehr sei Technik ein Mittel zum Zweck, um die Infrastruktur besser nutzen zu können und um das Leben für die Menschen einfacher zu gestalten. Zahlreiche behördliche Vorgänge, mit deren Hilfe Dienstleistungen staatlicherseits angeboten würden, seien nicht mehr zeitgemäß. Zugehörige Initiativen seien bereits in der vergangenen Legislaturperiode angestoßen worden. Im Moment gehe es darum, geförderte Leuchtturmprojekte zu skalieren, also ein Baukastenangebot für Kommunen zu schaffen, welche sich anschließen wollten. Generell müsse aber der Staat die Dinge nicht immer komplett neu erfinden; „open source“ sei nicht immer der entscheidende Punkt. Vielmehr gehe es darum, dass offene Schnittstellen im Sinn einer frei zugänglichen Datenverfügbarkeit vorhanden seien. Jenseits der vorliegenden Anträge sei mit Blick auf die erwünschte Planungsbeschleunigung hervorzuheben, dass die Ministerpräsidentenkonferenz das Errichten gewisser Funkmasten genehmigungsfrei stellen wolle; dies sei zur Beschleunigung des Funknetzausbaus als sehr wichtiger Baustein zu begrüßen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/6412 abzulehnen.

Weiter empfiehlt der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/5618 abzulehnen.

Berlin, den 13. Dezember 2023

Lars Rohwer
Berichtersteller

